

Beitrag zum Flüchtlingschaos in Österreich und in der EU.

Die offizielle politische Haltung zu Ende des Sommers 2015 und die gefühlte Meinung des Volkes dazu unterscheiden sich bereits dramatisch. Die Skeptiker und Gegner der laufenden, unkontrollierten Zuwanderung sehen sich vor einer Mauer von überbordenden Sympathiekundgebungen, ja, man kann sagen, stehen einer überraschenden, ungebremsten Willkommenskultur für jede Art von Zuwanderern gegenüber. Insbesondere Deutschland hat eine solche Willkommenskultur in die Welt hinausgetragen und die Migranten berufen sich darauf. Folglich befreien sich auch diverse EU-Länder auf höchst unsolidarische Art und Weise von der Mithilfe an der Bewältigung des Flüchtlingsansturms auf Europa, indem sie Neuankömmlinge hauptsächlich direkt nach Deutschland durchschleusen. Eine ruhige, demokratische Diskussion zu diesem Thema scheint kaum möglich zu sein, zumindest ist sie überhaupt nicht erwünscht und wird verhindert.

Die Unterscheidung von wirklichen, zum Teil traumatisierten Kriegsflüchtlings und von Wirtschaftsflüchtigen aller Art interessiert nicht mehr. Alle werden daher bei uns als „Asylwerber“ aufgenommen, egal, ob an der Schengen-Außengrenze der EU registriert, oder nicht. Selbst die Registrierung „überfordert“ wegen des Ansturms einige EU-Staaten. Diese unbedingt notwendige Registrierung kann auch bei dem Massenansturm nicht mehr ausreichend genau und ausreichend zeitgerecht durchgeführt werden. Die Idee der Schengen-Außengrenze von der EU versagt weitgehend. Mörderische Schlepperbanden geleiten die Asylanten und Wirtschaftsflüchtlinge bis in die Mitte des erträumten Ziels, hauptsächlich Deutschland, Österreich und die skandinavischen Länder, hier vor allem Schweden. Erwiesene Wirtschaftsflüchtlinge, das sind solche, die nach Prüfung ihres Asylansuchens keinen Asylstatus erhalten, bleiben aber auch im Land. Sie werden schon seit einigen Jahren nicht mehr abgeschoben. Es steht ihnen für sie kostenlos der lange juristische Weg der Berufung gegen den amtlichen Ablehnungsbescheid offen. Man hofft, dass dieser Anteil der Zuwanderer ohne Asylstatus freiwillig das Land verlassen wird. Der viel größere Anteil der Zuwanderer ohne erteiltes Asylrecht wird „subsidiär Aufhältige“ genannt.

Es ist die Frage aufgetaucht, warum man nicht den langwierigen, teuren amtlichen Prüfvorgang wesentlich verkürzen und vereinfachen sollte, wenn die vom Asylrecht Ausgeschlossenen dann mehrheitlich trotzdem im Land bleiben dürfen. Dieser Gedanke würde auf die Einreisemöglichkeit allein mit einer amtlichen Registrierung hinauslaufen. So etwas gibt es auf der ganzen Welt nirgends. Als eine Antwort auf diese Frage und zur Vermeidung von den von den Schleppern in Kauf genommenen Todesfällen auf dem Weg nach Europa wird genannt, die Asylprüfung im Ursprungsland durchzuführen, etwa in einer diplomatischen Vertretung Österreichs. Diese Lösung soll die geldgierige,

mörderische Schlepperindustrie zurückdrängen. Das würde kaum Wirkung auf die Zahl der trotzdem von dort nach Europa strebenden Auswanderer zeigen. Vor Ort in den Ländern abgewiesene Asylanten oder Menschen, welche mit einer Abweisung rechnen müssen, würden sich genau wieder an die Schlepperindustrie wenden. Auf wirklich unwürdige und unverständliche Art haben die offiziellen staatlichen und EU-Institutionen auf eine rigorose Bekämpfung der Schlepperkriminalität verzichtet, bis die Todesrate bei den Flüchtlingen nicht nur auf dem Mittelmeer, sondern auch auf dem europäischen Festland unerträglich wurde. Menschenleben gelten nichts, das letzte Geld der Flüchtlinge dagegen alles. Wie oft mussten wir hören, dass Schlepper „unerkannt flüchten konnten“ oder nur kurz festgenommen wurden. Die Schlepperboote vor Aufnahme ihrer „Fracht“ dürfen nicht zerstört werden. Die Schiffe der zivilen und militärischen Küstenwacht durften erst bei höchster Gefahr auf offener See zugreifen und retten, „das Prestige darf nicht gefährdet werden“ hieß es und heißt es wahrscheinlich immer noch.

Der gesamte, mit dem Bleiberecht zusammenhängende Gesetzesbereich ist in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt, er wird im Einzelnen praktisch nicht „kommuniziert“, weder von den Medien und NGOs, noch von den Politikern. Sehr kostenaufwändige Bereiche davon sind der Nachzug der Familien für wirkliche Asylanten, die Wohnraumbeschaffung, die Einschulung von allen anwesenden neu schulpflichtigen Kindern, die Schulung in Deutsch und in der Muttersprache von bereits länger schulpflichtigen Kindern, die psychologische Betreuung, die Berufsausbildung für die Eignung am hochentwickelten europäischen Arbeitsmarkt bei meist nicht vorhandener notwendiger Vorbildung, das Problem der nicht vorhandenen Arbeitsplätze für die

3

Erwachsenen Asylanten, wobei in diesem Bereich eindeutig fragwürdig argumentiert wurde. Die Vermittelbarkeit von Asylanten am Arbeitsmarkt wird viel zu optimistisch dargestellt. So wurde vom ORF-TV als beim AMS potentiell Arbeit suchende Zuwanderergruppe nur eine Zahl von 1780 Personen mit Asylstatus genannt, mit dem Hinweis, dass diese Zahl bei 365 000 Gemeldeten nicht ins Gewicht fällt und verkraftbar wäre. Die vielfach höhere Anzahl von Zuwanderern ohne Asylstatus ist aber beim AMS nicht gemeldet ! Genauso wie der Herr Vizekanzler mitteilte, dass alle der 800 000 für 2015 in der EU zu erwartenden Asylsuchenden weniger als 1, Prozent der EU-Bevölkerung ausmachen und somit leicht verkraftbar wären, wohl wissend, dass aber diese 800 000 lediglich von 3 bis 4 Staaten der EU verkraftet werden müssen, darunter natürlich auch von Österreich.

Ein unwürdiger Streit hat stattgefunden und wird weiter stattfinden zwischen Bundes-, Landes- und Gemeindepolitik betreffend die möglichst sofortige, menschenwürdige Versorgung aller ankommenden Migranten hauptsächlich mit Wohnmöglichkeiten, natürlich auch mit den Waren und Gütern des täglichen Bedarfs. Hier setzt massive Kritik von den Non Governmental Organisations (NGOs) und Kirchen über jahrelange Versäumnisse bzw. Untätigkeit der

Österreicher im Asylwesen an. Es wird uns geradezu ein Schuldkomplex eingeredet, wie wenig Österreich für die Zuwanderer machte und macht. Die NGOs, sowie ein gewisser, eher geringer Anteil der Mitbürger verlangen noch mehr Öffnung von Österreich für alle Flüchtlingsströme aus aller Welt, ohne jemals die heutige und die sich zukünftig abzeichnende Überforderung in kultureller, religiöser, umweltlicher und wirtschaftlicher (Arbeitsplätze ?) Hinsicht zu berücksichtigen. Nun ist aber bekannt, dass Österreich neben Deutschland und Schweden pro Kopf der Bevölkerung die höchsten Asylantenzahlen aufweist. So hat z.B. Der deutsche Bundespräsident öffentlich gesagt : "Einwanderung tut diesem Land sehr gut". Auch bei uns hörte man öfters von höchsten Stellen : „Wir sind ein Einwanderungsland“. Es muss demokratisch möglich sein, solchen Verlautbarungen öffentlich entgegen zu treten. Es muss in Demokratien möglich sein, auch in der Person von Bürgermeister, welche die wahre Verteilung zwischen Befürwortern und Gegnern einer ungezügelter Zuwanderung in ihrer Gemeinde genau kennen,

4

dass die Zukunft der Zuwanderung nach Österreich ausführlicher diskutiert wird, als derzeit.

Ein wichtiger Grund für diese zurückhaltende Stellungnahme verschiedener Bürgermeister ist in Wahrheit, neben der Überfremdung, dass die Leute befürchten, dass ihnen die Kosten für den prognostizierten Zustrom von Migranten in Form von Steuererhöhungen sehr bald aufgebürdet werden und dass steuer- und abgabenfinanzierte öffentliche Leistungen für sie bald spürbar vermindert werden. Völlig unberücksichtigt erscheint auch die Frage, wie sich denkbare zukünftige schwere Konflikte oder Kriege in der Welt auf unsere Flüchtlingssituation auswirken werden. Kann, soll Österreich nicht nur Zehntausende, sondern auch Hunderttausende pro Jahr aufnehmen ? Ist die Flüchtlingssituation in Österreich nach dem 2. Weltkrieg, nach der Ungarnkrise und die Fluchtbewegung aus der Tschechoslowakei, auf welche man sich stets gerne bezieht als Musterleistung Österreichs, wirklich gleich zu setzen mit der heutigen Flüchtlingssituation, wengleich es sich dabei doch um Bürger des ehemaligen österreichischen Staatenbundes der Habsburger handelte ? Keine Frage, die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung gegenüber wirklichen, lebensbedrohten Kriegsflüchtlingen ist in Österreich weit stärker ausgeprägt als in den meisten Ländern der EU ! Die Politiker, NGOs und die Medien dürfen aber nicht so argumentieren, dass es lediglich ein kleiner Rest von fremdenfeindlichen „Rechtspopulisten“, womöglich von „Rechtsradikalen“ wäre, welcher hinter diesen Sorgen im (Wahl-)Volk steht. Vielmehr bekommt man, wie oftmals in den vergangenen Monaten in den Medien behauptet, den Eindruck, dass sich tatsächlich schwere Versäumnisse und Fehleinschätzungen in der Europäischen Migrationspolitik finden lassen. Der total freie Personen- und Warenverkehr in der und in die EU ( „Freizügigkeit“ ) wird bei Weitem nicht in dem Maß vom Volk gut geheißen, wie das stets offiziell „kommuniziert“ wird !